

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX1/80

Bonn, den 27. April 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Furcht vor der eigenen Wohnbaupolitik</u>	50

Schwarze Kreise und die CDU von Nordrhein-Westfalen

2	<u>Motten im roten Teppich</u>	51
---	--------------------------------	----

In den USA lebende rückkehrwillige Wissenschaftler unerwünscht ?

3	<u>Jugend will Europa</u>	50
---	---------------------------	----

Deutsche Jungsozialisten in Aktion

4	<u>Auflockerung</u>	52
---	---------------------	----

Der Spanier erfährt, was in seinem Lande los ist

+ + +

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Deutschlandpolitik praktisch wirksam machen
Durch Differenzierungen nicht blenden lassen
GRADL bittet um Schönwetter
BLUKMEYER attackiert die Vertriebenen
Landesverband Oder-Weißer vor der Auflösung?
Lanzetta ins Leere
Polnische Zeitung ergötzt sich in düsteren Prophezeiungen

+ - -

Furcht vor der eigenen Wohnbaupolitik

Schwarze Kreise und die CDU von Nordrhein-Westfalen

sp - Am 10. Juli dieses Jahres wird der Landtag von Nordrhein-Westfalen neu gewählt. In diesem bevölkerungsreichsten Land der Bundesrepublik mit der noch immer dichtesten Zusammenballung von Industrien hat die Sozialdemokratie bei den letzten Bundestagswahlen ihre größten Erfolge erzielt und den Abstand zur CDU auf wenige Punkte verringert. Die bevorstehenden Landtagswahlen bereiten der CDU schwere Sorgen, sie selbst rechnet mit der Möglichkeit schwerer Einbußen, besonders in den Mittel- und Großstädten. Um sie auf einem Mindestmaß zu halten, kommt die Regierung Meyers auf verzweifelte Ideen.

Mit einer Erfolgsbilanz kann sie nicht aufwarten. Ihre viele Jahre lange Führungslosigkeit in der Kohle- und Energiepolitik schlägt mit dauernden Zechenstilllegungen im Ruhrgebiet schwer zu Buche und nun bekommt sie sogar Furcht vor der eigenen Wohnbaupolitik, für die die CDU/CSU als bestimmende Regierungspartei im Lande verantwortlich zeichnet - eine Wohnbaupolitik mit düsteren, aber vermeidbaren Schattenseiten. Hunderttausende von Mietern bekommen die Folgen der vorzeitigen Umwandlung von schwarzen in weiße Kreise in Gestalt von das Koralle weit übersteigenden Mietpreisen zu spüren. Selbst bei der wohlwollendsten Auslegung der bestehenden Mietgesetze im Falle von Streitigkeiten durch die Gerichte ziehen die Mieter den kürzeren. So hat das Essener Landgericht in einem Musterprozeß die Anerkennung einer Mieterhöhung von 200 Prozent zwar mißbilligt, aber sich außerstande erklärt, das vorangegangene Urteil zu revidieren. In der umfangreichen Urteilsbegründung des Berufungsgerichtes hieß es u.a.,

- * es (das Berufungsgericht) verkenne nicht, daß bei der schwierigen Wohnraumlage in Essen in erster Linie sozial schwache Mieter von den Mietpreisschwierigkeiten betroffen werden. Es könne zweifelhaft erscheinen, ob in dieser Gerichtsentscheidung zutage getretene gesetzliche Regelungen im praktischen Ergebnis geeignet seien, den vom Gesetzgeber verfolgten Zweck zu erreichen, ein soziales Miet- und Wohnrecht zu schaffen. Diese Frage sei aber nicht von Gerichten, die an Gesetz und Recht gebunden seien, zu prüfen, sondern das sei Sache des Gesetzgebers.

Es liegt also nicht an den Gerichten, sondern beim Gesetzgeber, notwendige Korrekturen gesetzlich zu verankern, um den Wohnungs- und Mietwucher die schärfsten Giftzähne zu nehmen. Die bestehenden Bestimmungen reichen nicht aus.

Auch die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen kennt die Auswirkungen der bestehenden Wohn- und Mietgesetze und fürchtet sie. Dies ist wohl der Grund für die von ihr ausgesprochene Bitte an die Bundesregierung, noch vor den Landtagswahlen fällige Umwandlungen schwarzer in weiße Kreise um ein rundes Jahr zu verschieben - darunter befindet sich ein Kreis, in dem der Ministerpräsident Meyers kandidiert... Der Blick auf die bevorstehende Landtagswahl bewirkt eine Aktivität, die allerdings nicht ins Schwarze trifft und das eigentliche Übel nicht zu beheben vermag. Der Rückgang des sozialen Wohnungsbaus, von der Bundesregierung gewollt und veranlaßt, verursacht Härten, die die sozial Schwachen und die kinderreichen Familien besonders treffen. Die Unionsparteien und die FDP sind dafür verantwortlich; sie stellen auch in Nordrhein-Westfalen die Regierung. Dem Manöver der Regierung Meyers fehlt die Überzeugungskraft, es wird allein von wahlpolitischen Rücksichten diktiert. Sie gelten nicht mehr am Tage nach den Wahlen, wie es viele Beispiele belegen.

Motten im roten Teppich

In den USA lebende rückkehrwillige Wissenschaftler unerwünscht ?

"Einen roten Teppich für jeden Wissenschaftler, der heimkehren will", sagte der bedeutende Mann und setzte sich an die Strippe. Im Ministerium für Wissenschaft und Forschung winkte man müde ab. Da spricht man viel, da wird an Reden einiges geschwungen, aber wenn es ernsthaft darum geht, solchen Heimkehrern den Weg zu ebnen, dann bleiben die Teppiche in der Ecke. Staub deckt sie zu. Und Staub bedeckt auch die Akte, die vor drei Jahren im Falle des Einen, von dem heute berichtet wird, angelegt wurde.

Der Eine, Mathematiker und Physiker, ein Jahr nach dem Ersten Weltkrieg geboren, trug im zweiten sein Soldatenkleid, wie jeder Jungling damals. Seine Knochen wurden in Afrika zerschossen und der Hockeymeister der berühmten Landheimschule konnte den Sport aufgeben. Seine Liebe zur Physik durfte er bereits 1942 in Göttingen in hartes Studium umsetzen. 1949 promovierte er mit Auszeichnung. Der Doktorvater, ein berühmter Mann, riet ihm zwar, die Atomphysik zu vergessen, denn so was werde in Deutschland kaum wieder gebraucht werden. Die aufstrebende Industrie hatte Verwendung für einen strebsamen jungen Mann; aber was er tat, war weit entfernt von seinen Träumen. Dann holte man ihn zu einem Lehrgang nach Harvard. Dort erreichten ihn die amerikanischen Sendboten, die Europas Physiker zu sich holen wollten.

Unser Mann ließ sich, wir schreiben das letzte Fünfzigerjahr, zur Ultraforschung anheuern. Zusammen mit Menschen, die zehn Jahre jünger waren als der neununddreißigjährige, ging er nach den Staaten. In einem bekannten Labor begann sein großer Aufstieg. Er fing im Range eines Oberleutnants an, um es im Militärischen auszudrücken. Nach einem Jahr wurde er zum Hauptmann befördert. Nach einer weiteren war er bereits Major, bald Oberstleutnant. Eine seiner Erfindungen wurde zum US-Patent erhoben. Als er Oberst wurde, oder Ministerialrat, um zum deutschen Beamtenstand zu gelangen, streckte er zart die Fühler aus, zumal ihm Landsleute hüben und drüben gewinkt hatten, doch an die Heimkehr zu denken. Deutschland brauche ihn. So ermuntert, bewarb er sich um eine Planstelle. Wie schnell er kommen könne, hieß es damals, vor bald drei Jahren. Ich muß fair sein, sagte unser Mann. Ich muß kündigen und einen Nachfolger haben. Er war nämlich mittlerweile auf einen sehr verantwortlichen Posten gerückt. Man hatte ihn von der Forschung in die Verwaltung geholt. Er verwaltet (noch immer) ein großes Projekt. Dann kam er nach Deutschland. Die Überfahrt hatte er selbst gezahlt. Der damalige Minister schüttelte ihm freudig die Hand. Die Herren um ihn strahlten Zuversicht aus. Unser Mann wollte alles schwarz auf weiß haben. Der Verlust der Dollar war ihm wenig wichtig. Aber eine neue Verantwortung, die brauchte er wohl. Man sagte alles zu - aber es kam nichts. Die Monate vergingen und noch einmal kam er her, um zu schauen, was los war. Nichts war los. Da ging der Mann zu seinem Abgeordneten. Der übergab es einem Ausschußmitglied des Arbeitskomitees. Eine kleine Anfrage im Parlament war das Resultat. Dennoch geschah nichts. Der Mann sitzt weiter drüben, leistet dort Erspießliches, war neulich beim Vizepräsidenten geladen, leitet Konferenzen und hat fünf Millionen Dollar an Forschungsinstitute zu vergeben.

In Deutschland aber sind wohl bereits die Motten im roten Teppich. Dann wir halten große Reden und erlauben uns, auf Männer mit Ideen, Eifer und Opferwillen zu verzichten.

Jugend will Europa

"Jugend will Europa" ist das Motto einer Kundgebung, welche die Jungsozialisten Deutschlands am 4. Mai in Saarbrücken, am Vorabend des Europa-Tages 1966 abhalten. Hauptredner sind der Bundesvorsitzende Dr. Günther Müller, MdB, und der Landesvorsitzende der SPD Saar, Kurt Konrad, MdL.

* * *

Bei einem Treffen der Jungsozialisten aus Holland und Deutschland wurde vereinbart, künftig mehr als bisher im Bereich der Grenze zusammenzuarbeiten. Junge Sozialdemokraten der Provinz Limburg und aus Aachen-Stadt und Land betonten in Borgharen bei Maastricht, daß die gegenseitigen Probleme miteinander erörtert werden müßten. Das gelte nicht nur für den Bereich der beiden befreundeten Organisationen, sondern für die Menschen der Nachbarländer allgemein. Die Tagungsteilnehmer forderten, daß in den deutschen Grenzgebieten auch die niederländische Sprache gelehrt werden sollte.

* * *

Wie in jedem Jahr, werden auch dieses Mal an den Maifeierlichkeiten in Berlin Delegationen der Jungsozialisten aus der Bundesrepublik teilnehmen. Sie wollen damit die enge Verbundenheit der jungen Sozialdemokraten mit der geteilten deutschen Hauptstadt zum Ausdruck bringen. In einer eigenen Marschsäule werden die westdeutschen Jungsozialisten zusammen mit ihren Berliner Freunden am Morgen des 1. Mai zum Platz der Republik marschieren. Für die auswärtigen Besucher werden zahlreiche Nebenveranstaltungen bereits an den Vortagen in Berlin durchgeführt. Der Bundesvorstand der Jungsozialisten wird in Berlin durch den stellv. Vorsitzenden Peter Corterier vertreten.

* * *

Vor dem Landesausschuß der Jungsozialisten von Schleswig-Holstein sprach der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, Dr. Günther Müller, MdB, davor, von dem evtl. Auftreten der drei SPD-Vorsitzenden in Chemnitz schon die deutsche Wiedervereinigung zu erhoffen. Diese Diskussion könne ein Anfang und für die Menschen in der Zone vielleicht auch eine gewisse Erleichterung sein. In diesem Zusammenhang verurteilte Dr. Müller die unqualifizierten Äußerungen des Bundesvorsitzenden der Jungen Union gegen die SPD, der sich störend in die enge Haltung der drei Parteien des Deutschen Bundestages eingemischt habe. Müller forderte die Parteien auf, die innere Ordnung der Bundesrepublik zu festigen, um somit für die sich anbahnende Auseinandersetzung mit den Nachbarn in Pankow gefeit zu sein.

* * *

Zu den Feststellungen über ein verstärktes Interesse junger Menschen an der rechtsradikalen NPD äußerte der Bundessekretär der Jungsozialisten, Horst Seefeld: "Die Vertreter der politischen Jugendorganisationen müssen sich sehr ernst mit der Anziehungskraft der NPD auf junge Menschen beschäftigen. Sie sollten jede Möglichkeit zu einem Gespräch mit fehlgeleiteten Menschen suchen und sich bemühen, durch Überzeugung zu beeinflussen. Die politische Bildungsarbeit ist dabei notwendiger denn je. Was in dieser Hinsicht heute versäumt wird, könnte sich später bitter rächen. Deshalb muß in noch stärkerem Maße in den Schulen über die jüngste Vergangenheit unseres Volkes in aller Offenheit gesprochen werden. Die Kultusminister müssen den politischen Themen in der Unterrichtsgestaltung genügend Platz einräumen. Das Unterrichtsfach "politische Bildung" muß ein Hauptfach in den deutschen Schulen werden."

* * *

Auflockerung

Der Spanier erfährt, was in seinem Lande los ist

HD-1 - Nur zehn Tage nach der Abschaffung der Pressezensur in Spanien haben genügt, um die gähnende Langeweile aus den Nachrichtenspalten über das Inland zu verbannen - Spaniens Zeitungen informieren jetzt den Leser über wesentliche Ereignisse im eigenen Land, die er früher entweder durch Gerüchte, die Lektüre ausländischer Blätter oder aus ausländischen Rundfunksendungen erfuhr. In Spaniens Blätterwald weht ein frischer Wind.

Am 8. April trat in Spanien ein neues Pressegesetz in Kraft, das nach den Worten des Informationsministers Professor Manuel Praga Iribarne nur die Vorstufe zu einer weiteren Liberalisierung des Informationswesens sein kann. Freilich ist das Gesetz noch nicht mit den gültigen Normen der westeuropäischen Pressegesetzgebung zu messen, aber es ist ein echter Einschnitt. Nicht einmal während der Republik von 1931 bis 1939 war die Zensur aufgehoben. Dies neue Gesetz ist auch in anderer Hinsicht aufschlußreich, denn keine Vorlage hatte bisher in den spanischen Cortes (Parlament) und in der politischen Öffentlichkeit eine so umfangreiche Debatte wie diese ausgelöst.

Die ersten Auswirkungen kann man schon in den Zeitungen selbst nachlesen. Man erfährt ganz amtlich, daß es in Irún und Vitoria bei der Feier des "Baskentags" zu einem blutigen Zwischenfall kam, daß sich Metallarbeiter in Barcelona und Bilbao in einem verschärften Lohnstreik befinden und gegen die Maßregelung ihrer Arbeitskollegen durch die Unternehmensleitungen protestieren. Diese Nachrichten gehen sehr ins Einzelne. Die Zeitungen schreiben auch ausführlich über einen Prozeß gegen 25 asturische Bergleute, über einen politischen Prozeß, gegen sechs Funktionäre der verbotenen KP im Raume von Valencia, enthalten sich allerdings eines Kommentars, der etwa die Frage stellt, ob solche Prozesse überhaupt noch zeitgemäß sind.

Besonders erstaunlich war die Veröffentlichung eines Interviews mit dem Exilpolitiker Miguel Maura, der während der Republik das Amt des Innenministers bekleidet hatte. Sinnigerweise erschien das Interview in der angesehenen Barcelonenser Zeitung "La Vanguardia Española" genau am 14. April, dem Jahrestag der Proklamierung der zweiten spanischen Republik im Jahre 1931. Dies ist der erste Fall seiner Art im heutigen Spanien. Besonders die katholischen Blätter und das Syndikatsorgan "Pueblo" machen von der neuerrungenen "Fast-Pressefreiheit" ausgiebigen Gebrauch, ohne allerdings Sensationen um jeden Preis zu suchen.

Auch die geheimnisvolle Mordaffäre um den ehemaligen portugiesischen Oppositionsführer und Präsidentschaftskandidaten Humberto Delgado schlägt jetzt in Spaniens Presse hohe Wellen. Augenblicklich findet in den Räumen eines Madrider Gerichts eine amtliche Untersuchung der Angelegenheit statt, über die breit berichtet wird. Delgado und seine brasilianische Sekretärin Victoria Arajarir de Campos wurden im vergangenen Jahr vermutlich auf spanischem Hoheitsgebiet ermordet - ihre Leichen konnten im spanischen Grenzort Villanueva del Fresno entdeckt werden. Interessant an der Berichterstattung ist, daß auch Vorwürfe gegen die portugiesische Geheimpolizei PIDE erhoben werden. So war zu lesen, der PIDE-Agent Antonio Goncalves Sesmedo, der zu den Mordverdächtigen zählt, habe sich dem spanischen Richter nicht gewellt, obwohl dieser gegen ihn Haftbefehl erlassen habe. Auch dieser Vorgang ist bisher einmalig, wenn man die engen Beziehungen zwischen Madrid und Lissabon in Rechnung stellt.